

Zu viele sind immer die anderen

Rechtsextremer Ökologismus, Klimakrise und Bevölkerungswachstum

Unsere Gegenwart ist geprägt von miteinander verwobenen sozial-ökologischen Krisen wie der Klimakrise, dem Artensterben und dem Verlust der Bodenfruchtbarkeit. Zugleich erleben wir ein Erstarken rechtsextremer Kräfte. Ökologische und bevölkerungspolitische Argumente dienen häufig dazu, einen rechtsextremen Ökologismus zu rechtfertigen.

Von Daniela Gottschlich

Es ist auffällig, dass in Zeiten gesellschaftlicher Polarisierung ökologische Themen zunehmend von der extremen Rechten aufgegriffen werden. So wird auch die Klimakrise genutzt, um ein völkisches Projekt voranzutreiben und die bestehenden Sicherheitssysteme auf die Kontrolle der aus der Naturzerstörung resultierenden Probleme auszurichten (Moore/Roberts 2022). Der „rechtsextreme Ökologismus“ (Lubarda 2020) verfolgt dabei als Strategie eine Rassialisierung der ökologischen Probleme: Schuld an der Krise sind die „anderen“. Rechtsextremist/innen warnen nicht nur vor Migration und „Überfremdung“, sondern erklären zudem die Geburtenraten in Ländern des Globalen Südens zur zentralen Ursache der Klimakrise.

Doch bevölkerungspolitische Narrative („weniger Menschen bedeuten weniger Naturzerstörung“) erfahren im Kontext der Diskussion, welche klimapolitischen Maßnahmen angezeigt seien, Zuspruch weit über die extreme Rechte hinaus.

Bevölkerungswachstum als Krisenfaktor?

Aktuell leben mehr als acht Milliarden Menschen auf der Welt. Nach neuesten Studien (Vollset et al. 2020) wird die Bevölkerung bis Mitte des Jahrhunderts weiter ansteigen. Den Prognosen zufolge wird sie im Jahr 2064 mit etwa 9,7 Milliarden Menschen ihren Höhepunkt erreichen. Danach wird die Zahl weltweit wieder abnehmen und bis 2100 auf etwa 8,8 Milliarden Menschen sinken. Das wären etwa zwei Milliarden Menschen weniger als noch in früheren UN-Schätzungen angenommen. Dennoch gilt das Wachstum der Weltbevölkerung ungebrochen als ein zentraler Krisenfaktor – zunächst für Armut (Ehrlich 1968) und seit dem Bericht des Club of Rome (Meadows et al. 1972) auch für die „Grenzen des Wachstums“. Die darin skizzierten Szenarien eines bevorstehenden Kollap-

ses basieren auf der These, dass die Bevölkerung ohne Bevölkerungskontrolle exponentiell wachse und damit die Grenze der „Tragfähigkeit der Erde“ überschreite. Dies hatte schon der britische Ökonom Thomas R. Malthus 1798 in Bezug auf die Grenzen der Nahrungsmittelproduktion behauptet und als Maßnahme unter anderem die Abschaffung der staatlichen Armenfürsorge gefordert.

Auch in der aktuellen Debatte um sozial-ökologische Krisen machen einige Autor/innen das Bevölkerungswachstum verantwortlich für den Klimawandel und den Biodiversitätsverlust (z. B. Ripple et al. 2017). Gefordert werden antinatalistische Maßnahmen, die die Geburtenrate senken sollen, sodass sie niedriger als die Sterberate ist und die Bevölkerung abnimmt. Als Argument wird unter anderem eingebracht, dass Einsparungen von CO₂-Emissionen durch Investitionen in die Familienplanung im Globalen Süden kostengünstiger zu erreichen seien als durch die Förderung regenerativer Technologien im Globalen Norden (Müller-Jung 2018).

Ignoriert wird in dieser Debatte um vermeintliche klimapolitische Kosteneffizienz, dass die Geschichte der Bevölkerungspolitik, insbesondere der antinatalistischen Politik, voller Beispiele repressiver Politik ist. Kritiker/innen haben in den letzten 50 Jahren immer wieder auf die sexistischen, rassistischen und eugenischen Implikationen von antinatalistischer Bevölkerungspolitik verwiesen. Beispiele lassen sich nicht nur in China während der 35 Jahre lang praktizierten Ein-Kind-Politik finden, die auf Maßnahmen wie Zwangsabtreibungen bis zum siebten und achten Schwangerschaftsmonat, Zwangsadoptionen ins Ausland, Sterilisation und Geldstrafen setzte und die zu aus Verzweiflung ausgesetzten Säuglingen führte. Es gab und gibt vielfältige weitere Beispiele und eine lange Geschichte der Zwangssterilisationen an Schwarzen, Indigenen, behinderten, gefangenen oder HIV-positiven Menschen – ob in Schweden, Deutschland, Peru oder Indien (Gottschlich/Schultz 2019). [1]

Demografische Krisenerzählungen von Umweltschützer/innen und extremer Rechte

Feministische Wissenschaftler/innen warnen seit Langem vor einem neomalthusianischen Revival (Hendrixson/Hartmann 2019) und vor „Strategien der Demografisierung, also des Übersetzens gesellschaftlicher Krisen [...] in Fragen der ‚Bevölkerung‘“ (Schultz 2020, 28), der sich sowohl Rechtsextreme als auch Akteure aus dem Umweltschutzbereich bedienen, wie die nachfolgenden Beispiele zeigen.

„In der Debatte um Bevölkerungsentwicklung und Klimakrise ist eine Abgrenzung vom rechtsextremen Ökologismus und von Tragfähigkeitskonzepten einer optimalen Bevölkerungszahl notwendig.“

Bevölkerungswachstum wird im wissenschaftlichen Mainstreamdiskurs als eines der zentralen Umweltprobleme konstruiert (Ripple et al. 2017, 1026) und mit einer unkontrolliert wachsenden „Krebszelle“ verglichen (Gesang 2014, 19). Diese Konstruktion finden wir auch bei Akteuren der Neuen Rechten (vgl. Passeick in diesem Band). So formulierte Felix Menzel als erste These von seinen *Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende*, die im neurechten Wirtschaftsmagazin *Recherche Dresden* erschienen sind:

„Die Überbevölkerung ist die Mutter aller Umweltprobleme. Die Weltbevölkerung steuert im 22. Jahrhundert auf zwölf Milliarden Menschen zu. Gegen den gigantischen Anstieg der Energienachfrage sind daher die erneuerbaren Energien nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Hunderte Millionen neuer Fleischesser, Hygieneartikelnutzer, Autofahrer und Smartphonebesitzer wird das Ökosystem kaum verkraften können. Die Weltbevölkerung muss folglich auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert werden – andernfalls droht ein irreversibler Öko-Kollaps.“ (Menzel 2019)

Als „Lösung“ schlägt Menzel vor, deutsche Entwicklungshilfe an Maßnahmen zur Bevölkerungsreduzierung zu koppeln, insbesondere in Staaten, die „extreme Jugendüberschüsse“ haben. Menzel nutzt bewusst den Begriff der „Überbevölkerung“. Wer von Überbevölkerung spricht, behauptet damit, dass es schon jetzt zu viele Menschen gäbe. Aber wer ist jetzt schon „über“? Mit dem Sprechen von Überbevölkerung wird ein gezieltes Othering betrieben: Es sind die anderen, die „über“ sind; es sind die Armen, die Schwarzen, die Indigenen, die Migrant/innen, die als „zu viel“ konstruiert werden. Doch der Begriff „Überbevölkerung“ wird nicht nur von Rechtsextremen genutzt, er findet sich in verschiedenen Beiträgen öffentlich-rechtlicher Medien. Stellvertretend sei hier auf die Veröffentlichung „Viel zu viele Menschen. Wie die Überbevölkerung gebremst werden könnte“ des Online-News- und Wissensportals Quarks.de (2018/2021) verwiesen. Nach eigenen Angaben liefert Quarks seinen Leser/innen die „wissenschaftliche Einordnung, Erklärungen und Fakten zu aktuellen Debatten“. Die höchstproblematische These der „Überbevölkerung“ bekommt damit den Charakter eines wissenschaftlichen Fakts. In den Kommentaren unter dem Artikel werden im Namen der Natur aktive Sterbehilfe, eine Ein-Kind-Politik für die nächsten 30 Jahre gefordert sowie die Reduzierung von Kindergeld und eine Einschränkung von medizinischer Versorgung.

Die These, dass das Bevölkerungswachstum verantwortlich für Umweltprobleme ist, wird auch von einer Mehrheit von Studierenden sogenannter „grüner Berufe“ geteilt, so das Ergebnis einer Hochschulumfrage von FARN, an der von März bis Mai 2021 deutschlandweit 804 Studierende teilgenommen haben und die in Kooperation mit diversu e. V. durchgeführt wurde (FARN 2022).

Ziel der Umfrage war es, Daten zum Istzustand an den Hochschulen zu erheben, ob die historischen und aktuellen Verknüpfungen des deutschen Natur- und Umweltschutzes mit nationalistischen, völkischen und rassistischen Strömungen in der Lehre thematisiert werden und wie es um das Wissen der Studierenden zu diesem Themenkomplex steht.

Die Auswertung der Umfrage zeigt: Die große Mehrheit der Studierenden befürwortet das demokratische System, spricht sich für Minderheitenschutz aus und lehnt autoritäre Strukturen ab. Trotzdem gibt es bei ökologischen Themen in der befragten Gruppe eine feststellbare Offenheit für Positionen, an die auch rechtsextreme Akteure anschließen können. Dies betrifft insbesondere das Thema Bevölkerungspolitik: 55% der Befragten stimmen der Aussage zu, dass die Ursachen vieler Umweltprobleme in der Bevölkerungsentwicklung zu sehen seien. In diesem Zusammenhang spricht sich fast ein Drittel der Studierenden für antinatalistische Maßnahmen im Globalen Süden aus. Man kann davon ausgehen, dass die damit verbundenen neokolonialen Denkmuster den meisten Studierenden nicht bewusst sind. Hier bedarf es dekolonialer Bildungsarbeit, um die Konsequenzen einer Forderung nach Bevölkerungspolitik deutlich zu machen. Impliziert doch der Ruf nach Bevölkerungspolitik eine Einschränkung der Selbstbestimmungsrechte von Menschen im Globalen Süden.

Rechtsextrem eingestellte Personen messen mit zweierlei Maß: Einerseits erklären sie das Bevölkerungswachstum in „Schwellen- und Entwicklungsländern“ beziehungsweise im Globalen Süden zum größten Problem für den Umweltschutz, warnen vor „Flüchtlingsströmen“ und wollen „Entwicklungshilfe“ an strikte Bevölkerungskontrollpolitik koppeln. Andererseits fordern sie für Deutschland „die konsequente Förderung von kinderreichen Familien“, um der angeblichen „Überfremdung“ entgegenzuwirken und den „drohenden Volkstod“ abzuwenden. Antinatalistische Maßnahmen für Länder des Globalen Südens, pronatalistische Politik in Deutschland. Zur pronatalistischen Politik der AfD beispielsweise gehört, dass sie sich dezidiert gegen Abtreibungen ausspricht, Schwangerschaftsbüchle auf Wahlplakate druckt mit dem Slogan „Neue Deutsche? Machen wir selber!“ und sich damit zugleich gegen Migration richtet. Auf jüngeren Plakaten kombinierte die AfD bevölkerungspolitische Forderungen mit der Ablehnung von Anti-Corona-Maßnahmen in Form von Slogans wie: „Lieber ohne Gummi als mit Maske. Ja zu echter Familienpolitik“ (kritisch dazu: Schäffer 2021).

Notwendig ist angesichts dieser Befunde ein Perspektivwechsel in der Debatte um Bevölkerungsentwicklung und Klimakrise, um sich in aller Deutlichkeit nicht nur von Positio-

nen des rechtsextremen Ökologismus, sondern auch von allen Tragfähigkeitskonzepten zu verabschieden, mit denen „optimale“ Bevölkerungszahlen erreicht werden sollen. Die intersektionale Kritik an den zugrunde liegenden rassistischen und sozialdarwinistischen Annahmen solcher Narrative sowie an den menschenverachtenden Implikationen von antinatalistischer Bevölkerungspolitik (Hendrixson 2019) sollte in De-growth-Kreisen zur Kenntnis genommen werden. Dies würde nicht zuletzt bedeuten, die Aufmerksamkeit auf die strukturelle Ebene und damit auf die naturzerstörerischen Folgen des derzeitigen Wirtschaftssystems, auf die ungerechten Verhältnisse und ihre Veränderung zu lenken.

Anmerkung

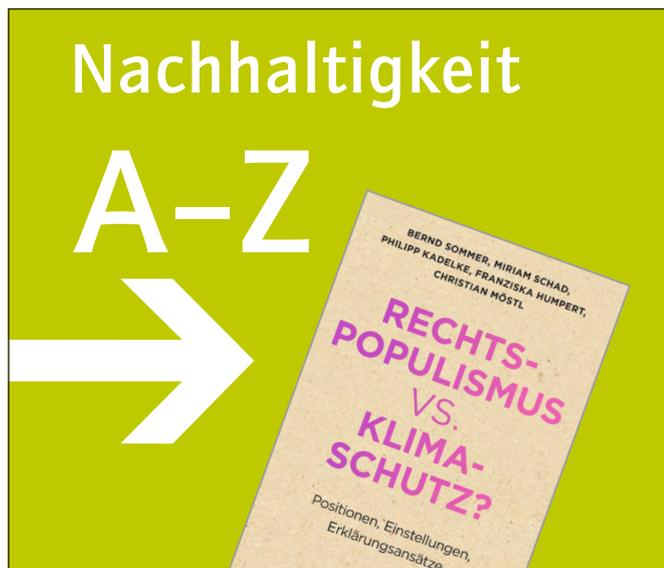
[1] In diesem Text sind weitere Literaturangaben zu den herrschaftsförmigen Implikationen von Bevölkerungspolitik zu finden.

Literatur

- Ehrlich, P. R. (1968): Population Control or Race to Oblivion? The Population Bomb. New York, Ballantine Books.
- FARN/diversu e. V. (Hrsg.) (2022): Ist-Analyse unter Studierenden der grünen Berufe hinsichtlich des Themenfelds „Natur-/Umweltschutz und Rechts-extremismus“. www.nf-farn.de/system/files/documents/farn-bericht-hochschulumfrage.pdf
- Gesang, B. (2014): Demokratie am Scheideweg. In: Gesang, B. (Hrsg.): Kann Demokratie Nachhaltigkeit? Wiesbaden, Springer. 19–37. DOI: 10.1007/978-3-658-04895-2_2
- Gottschlich, D./Schultz, S. (2019): Weniger Klimawandel durch weniger Menschen? Feministische Kritik am neomalthusianischen Revival. In: FARN – Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (Hrsg.): Aspekte Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit im Natur- und Umweltschutz. Eine Diskussion. Berlin, FARN. 24–29.
- Hendrixson, A. (2019): A RENEWED CALL FOR FEMINIST RESISTANCE TO POPULATION CONTROL. <https://sites.hampshire.edu/popdev/a-renewed-call-for-feminist-resistance-to-climate-change/>
- Hendrixson, A./Hartmann, B. (2019): Threats and burdens: Challenging scarcity-driven narratives of „overpopulation“. In: Geoforum 101: 250–259. DOI: 10.1016/j.geoforum.2018.08.009
- Lurbada, B. (2020): Beyond ecofascism? Far-right ecologism (FRE) as a framework for future inquiries. In: Environmental Values 26/6: 713–732. DOI: 10.3197/096327120X15752810323922
- Malthus, T. R. (1798): An Essay on the Principle of Population. London, J. Johnson.
- Meadows, D. H. et al. (1972): The Limits to Growth. A Report for the Club of Rome's Project on the Predicament of Mankind. New York, Universe Books. DOI: 10.1349/ddlp.1
- Menzel, F. (2019): Sieben Thesen für eine konservativ-ökologische Wende. <https://recherche-dresden.de/sieben-thesen-fuer-eine-konservativ-oekologische-wende>
- Moore, S./Roberts, A. (2022): Außen grün, innen braun. Wie Rechtsextreme Klimakrise und Naturschutz für ihre Zwecke benutzen. München, oekom.
- Müller-Jung, J. (2018): Ein Tabu brechen. Das schnelle Bevölkerungswachstum ist einer der großen Antriebe für den Klimawandel. In: FAZ.net vom 14. 9. 2018.
- Quarks.de (2021): Viel zu viele Menschen. Wie die Überbevölkerung gebremst werden könnte. www.quarks.de/gesellschaft/wie-die-ueberbevoelkerung-gebremst-werden-koennte
- Ripple, W. J. et al. (2017): Worlds Scientists' Warning to Humanity. In: Bioscience 67/12: 1026–1028. DOI: 10.1093/biosci/bix125
- Schäffer, M. (2021): Neues AfD-Wahlplakat mit absurder Forderung – Zurück ins Mittelalter. www.wmn.de/buzz/afd-wahlplakat-absurd-id275181
- Schultz, S. (2020): Der gefährliche Geist der ‚Bevölkerung‘ in der Klimadebatte. In: Femina Politica 29/2: 23–36. DOI: 10.3224/feminapolitica.v29i2.03
- Vollset, S. E. et al. (2020): Fertility, mortality, migration, and population scenarios for 195 countries and territories from 2017 to 2100: A forecasting analysis for the Global Burden of Disease Study. In: Lancet 396: 1285–1306. DOI: 10.1016/S0140-6736(20)30677-2

AUTORIN + KONTAKT

Daniela Gottschlich ist Professorin für Nachhaltigkeit und Gesellschaftsgestaltung an der hfgg – der Hochschule für Gesellschaftsgestaltung. Hochschule für Gesellschaftsgestaltung, Kornpfortstraße 15, 56068 Koblenz. E-Mail: daniela.gottschlich@hfgg.de



P wie Polarisierung

»Nachhaltigkeit und Klimaschutz sind Elitenprojekte auf Kosten des Volkes.« Derartige Narrative sind zunehmend Teil rechtspopulistischer Argumentation. Welche Resonanz finden solche Positionen, und was bedeutet ein Erstarken des Rechtspopulismus für eine sozialökologische Transformation? Die Autor:innen zeigen: Umstritten sind weniger Klimawandel und Umweltschutzfragen allgemein als vielmehr konkrete politische Projekte wie die Energiewende.

B. Sommer, M. Schad (Hrsg.)

Rechtspopulismus vs. Klimaschutz?

Positionen, Einstellungen, Erklärungsansätze
168 Seiten, Broschur, 25 Euro
ISBN 978-3-96238-360-2

Bestellbar im Buchhandel und unter www.oekom.de.
Auch als E-Book erhältlich.

Die guten Seiten der Zukunft

